

[<https://www.zeit.de/serie/alles-ausser-zuerich>]
AUS DER SERIE

Alles außer Zürich

Baden

Baden, was ist das?

Die Kleinstadt boomt, aber politisch ist sie ein Nonvaleur. Kein Wunder, schreibt der Autor.

Von **Paul Schneeberger**

1. März 2023, 16:39 Uhr ⓘ /

EXKLUSIV FÜR ABONNENTEN



Die Katholische Kirche und die gedeckte Holzbrücke in Baden © Pius Koller/imago images

Einst war Baden eine stolze Kleinstadt, die als Kurort mit ihren Thermalquellen und als Sitz des Global Players BBC in die Welt strahlte. Heute ist die drittgrößte Gemeinde im Kanton Aargau einer der Zacken in der Städtekrone rund um Zürich, zu der auch Winterthur, Uster, Zug und das seeüberquerende Siedlungsband von Rapperswil nach Pfäffikon SZ gehören.

Aber was ist Baden – und was will das Städtchen mit seinen 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern künftig sein?

Die Frage stellt sich auch am 12. März, wenn Baden darüber abstimmt, ob es mit der Nachbargemeinde Turgi fusionieren soll. Oder besser gesagt: Sie würde sich stellen.

Seit zwei Jahren steht am Limmatufer wieder ein Thermalbad mit dem neudeutschen Namen Fortyseven, und beherzte Bürgerinnen und Bürger haben dafür gesorgt, dass man sich in öffentlichen Brunnen auch kostenfrei im heißen Wasser suhlen kann. Auf der Achse zwischen der ETH in Zürich und dem Paul-Scherrer-Forschungsinstitut im unteren Aaretal gelegen, ist Baden nach wie vor ein wichtiger Werk- und Forschungsstandort der Schweizer Elektro- und Hightech-Industrie. 30.000 Menschen arbeiten hier – mehr als je zuvor.



Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 10/2023. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen.

[<https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2023/10>]

Auf dem ehemaligen BBC-Areal, nur 15 Bahn- plus fünf Gehminuten vom Hauptbahnhof Zürich entfernt, sind heute so unterschiedliche Firmen wie das IT-Unternehmen Infosys aus Indien und der Turbolader-Hersteller Accelleron einquartiert. Demnächst wird im sogenannten Konnex-Gebäude mit neuen Arbeits-, Einkaufs- und Wohnformen experimentiert. Es entsteht eine Stadt in der Stadt.

Im scharfen Gegensatz zu diesem wirtschaftlichen Boom und Wandel stehen die politischen Strukturen in der Region.

Die eng gezogenen Gemeindegrenzen haben sich seit dem 19. Jahrhundert kaum verändert. Und in der nationalen

Wahrnehmung besteht der Aargau immer noch aus Kleinstädten und nicht aus Ballungsräumen. So kommt es, dass der Bund und die SBB tatsächlich die direkte Bahnverbindung von Baden nach Bern mittelfristig streichen wollen. Ein Halt für 22.000 Menschen, das lohne sich nicht mehr, denken die Beamten und Buchhalter. Addiert man aber die Bevölkerungszahlen der Kernstadt Baden und der Gemeinden Obersiggenthal, Ennetbaden, Wettingen und Neuenhof, die mit ihr zusammengewachsen oder über Brücken direkt verbunden sind, kommt man auf etwas mehr als 60.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Das entspricht der Größe der Stadt Lugano und übertrifft jene der Städte Biel, Thun oder Chur.

Verstellter Blick aufs große Ganze

Während andere Schweizer Industriestandorte wie Winterthur, St. Gallen oder Biel zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu Tramstädten und ihre Vorstädte durch Eingemeindungen zu Quartieren wurden, dehnte sich Baden erst ab den späten 1920er-Jahren in größerem Stil aus und wurde zu einer Autostadt, die sich nicht um Gemeindegrenzen kümmerte. Zwar gab es in den späten 1960er-Jahren ernsthafte Bestrebungen, das Aargauer Limmattal zu einer einzigen "Regionalstadt" zusammenzuführen. Aber mit der Ölkrise in den 1970er-Jahren waren das große Denken und die großen Pläne passé.

Die Idee flammte seither immer wieder auf, die Begeisterung dafür blieb allerdings lauwarm. Auch 2010, als eine Fusion von Baden mit der Nachbargemeinde Neuenhof knapp an den städtischen Stimmberechtigten scheiterte. Genauso in diesen Tagen und Wochen, da Baden und Turgi darüber befinden sollen, ob sie künftig eins sein wollen.

Dass sich Baden ausgerechnet mit jener Nachbargemeinde verheiraten soll, mit der die Stadt baulich nicht zusammengewachsen ist und die sogar in einer anderen ÖV-Tarifzone liegt, zeigt: Die Politik im Ostargau hat weder einen Plan, geschweige denn eine Strategie, wie sich die politischen Grenzen den gelebten wirtschaftlichen anpassen ließen. Das Muster der Fusionsversuche war und ist denn auch immer dasselbe: Eine Gemeinde tritt an die Stadt Baden heran, die dazu in gut schweizerischer Manier "Warum nicht?" sagt. Es werden Verhandlungen geführt, es wird öffentlich kaum diskutiert, alle Parteien mit Ausnahme der SVP sind dafür, es kommt zu einer Volksabstimmung.

Das aktuelle Fusionsprojekt hat Adrian Schoop, der Gemeindeammann von Turgi, lanciert. Die fachliche und personelle Potenz seines 3000-Seelen-Ortes, erklärte er gegenüber der *Neuen Zürcher Zeitung*, sei mit den großen Herausforderungen durch das Bevölkerungswachstum und die bauliche Verdichtung überfordert. Die umliegenden Gemeinden sind allesamt faktisch Stadtteile von Baden: In Ennetbaden residieren steuergünstig die Mehrbesseren, in Wettingen breitet sich der Hüsli-Mittelstand aus, und in Neuenhof siedeln die Wohnblock-Dienstleistungsarbeiter. Aber alle werkeln sie vor sich hin. Die eng gezogenen politischen Grenzen in der Region Baden verstellen den Blick aufs große Ganze. So kommt es, dass ein Fußgängersteg über die Limmat nicht gebaut werden kann, weil sich in einer von drei betroffenen Gemeinden die Anrainer mit den Behörden verkracht haben.

Egal wie die Abstimmung am 12. März ausgeht: Baden könnte weit über die Städtekrone um Zürich hinaus glänzen, wenn es denn wollte.

Aber dazu brauchen die Stadt und ihre Nachbarn eine tragfähige Erzählung davon, was sie eigentlich sind und was sie sein wollen. Eine Erzählung, die über das emotionslose Kosten- und-Nutzen-Denken hinausgeht. Eine, die Baden auf der Schweizer Karte zu einem Punkt machen würde, der groß genug ist, dass in Bundesbern niemand mehr auf die Idee kommt, die direkte SBB-Verbindung ins politische Machtzentrum des Landes infrage zu stellen.